

Sitzungsperiode 2019-2020
Sitzung des Ausschusses I vom 3. Februar 2020

INTERPELLATION*

Interpellation Nr. 7 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Festakt „100 Jahre Ostbelgien“ am 9. Januar 2020 im Senat

Das Jahr 2020 ist für Ostbelgien ein erinnerungsträchtiges Jahr. Vor genau 100 Jahren trat am 10. Januar der Versailler Vertrag in Kraft und die Gebiete Neutral-Moresnet (Art. 32), Preußisch-Moresnet (Art. 33) und die beiden Kreise Eupen – Malmedy (Art. 34) wurden der staatlichen Souveränität des belgischen Staates übertragen. Es ist aber auch das Jahr, in dem das Gouvernement Baltia (bis 1925) begann, in dem die sogenannte „Volksbefragung“ (26.01.-23.07.) durchgeführt wurde und in dem schließlich am 20. September durch den Völkerbund die definitive Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien bestätigt wurde. Zusammengefasst: Vor 100 Jahren entstand jener politische Raum, der heute der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Gemeinden Malmedy und Weismes, den Ostkantonen und/oder Ostbelgien entspricht.

Das Erinnern an jenes Jahr 1920 durch den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Festakt „100 Jahre Ostbelgien“ am 9. Januar 2020 im Senat, hat nicht nur den Bürgermeister von Malmedy, Jean-Paul Bastin, dazu veranlasst, die Veranstaltung vorzeitig zu verlassen, sondern im Grenz-Echo-Interview vom 21. Januar erhebt Bastin gegenüber dem dort zum Ausdruck gekommenen Geschichtsbild sogar den Vorwurf des „historischen Revisionismus“. Es sei falsch und unvollständig unter der Bezeichnung „Ostbelgien“ nur auf die hundertjährige Zugehörigkeit des Gebietes der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verweisen und an Malmedy und Weismes dabei nicht zu erinnern. Es sei eine Gelegenheit gewesen, neue Bande zu knüpfen.

Ministerpräsident Paasch äußerte sich zum Zweck des Festaktes im Grenz-Echo vom 24. Januar 2020 wie folgt: „Dabei wollten wir aufzeigen, welche Entwicklung die DG in den letzten hundert Jahren genommen hat und damit dokumentieren, dass es sich um eine gelungene Integration einer Minderheit in einem Föderalstaat handelte. [...] Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, uns beim Königreich für die Möglichkeiten, die wir bekommen haben, zu bedanken. Für uns war es selbstverständlich, dazu auch Weismes und Malmedy einzuladen. Aber wenn es um die Institution Deutschsprachige Gemeinschaft geht, kann man Malmedy und Weismes nicht als Bestandteil der DG präsentieren. Hätten wir es doch getan, hätte das ganz sicher zu großen Missverständnissen geführt.“ Geplant

* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Herrn Franssen hinterlegten Originalfassung.

seien Veranstaltungen, die „wir zusammen mit den Bürgermeisterinnen von Malmedy und Weismes Anfang Februar [!] vorbereiten werden.“

Mit dem Blick auf das Konzept des kulturellen Gedächtnisses, das das international renommierte Forscherehepaar Aleida und Jan Assmann begründet haben, wird auch die Bedeutung der Debatte deutlich. Gesellschaften kommen nämlich nicht um das Erinnern herum. Denn im Reden über das Vergangene verhandeln wir, wie wir uns selber verstehen und was wir sein wollen. Erinnern ist somit ein Akt der Identitätsstiftung und somit arbeitet jedes Erinnern zugleich auch an der Zukunft.

Und damit kommen wir zum Kern der Debatte: Zu dem was unter „Ostbelgien“ verstanden wird und wer heute und künftig dazu gehört und wer nicht. Und vor diesem Hintergrund sind die Aussagen des Ministerpräsidenten im Grenz-Echo vom 24. Januar 2020 vielaussagend: Malmedy und Weismes gehören scheinbar nicht zu „Ostbelgien“. Gerade weil hier zum Festakt mit der Bezeichnung „100 Jahre Ostbelgien“ weiterhin betont wird, dass nur die Entwicklung der DG aufgezeigt werden soll. Mit dieser Verwendung des Begriffes „Ostbelgien“ werden folglich nicht nur die Grenzen des Marketingkonzeptes „Ostbelgien“ deutlich, sondern mit diesem Überstrapazieren des Begriffes werden auch neue Grenzen geschaffen, wie an der jüngsten Debatte sehr gut nachvollzogen werden kann.

Der Begriff „Ostbelgien“, wie die ostbelgischen Historiker Andreas Fickers und Christoph Brüls in der Einleitung der hervorragenden Sendereihe „Zweimal 50 Jahre Ostbelgien“ zum Ausdruck bringen, gab es vor 100 Jahren nicht und zeichnet sich gerade durch seine geographische und politische Unbestimmtheit aus. Sie schlagen daher vor, dass der Begriff „Ostbelgien“ als Zwischenraum betrachtet und verwendet wird.

Der Begriff „Ostbelgien“ kann und soll selbstverständlich dazu verwendet werden, um unsere Identität zum Ausdruck bringen. Aber wir müssen dabei seine Unbestimmtheit weiterhin aushalten und ihn daher auch nicht politisch überstrapazieren. Ein gewisses Maß an Unbestimmtheit gehört ohnehin zu jeder Identität dazu. Ich persönlich bin sogar der Auffassung, dass diese letztlich sogar zu uns gehört, unsere Stärke darstellt und unsere Identität als Brückenbauer ausmacht. Mit den Worten von Alfred Minke: „Grenzland seit Menschengedenken leitet die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens aus ihrer wechselvollen Vergangenheit heute die Verpflichtung ab, „über Grenzen hinaus“ zu schauen, Verbindendes hervorzuheben und Trennendes auszugleichen. Bei einem Empfang in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland am 17. November 1988 fasste der damalige Präsident des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Kurt Ortmann (verstorben 2010), diesen Auftrag wie folgt zusammen: „Selbstbewusster und offener als jemals zuvor vermögen wir deutschsprachige Belgier heute unsere gleichzeitige Zugehörigkeit zum Königreich Belgien und zum großen deutschen Kultur- und Sprachraum sowie unsere enge Verbundenheit mit dem europäischen Einigungsgedanken zum Ausdruck bringen.“ Bleiben wir diesem Auftrag in der Ausübung unsere politische Verantwortung weiterhin treu und versuchen damit ein Vorbild für die nächste Generationen zu sein.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Fragen an den Ministerpräsidenten:

- 1. Warum hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Festakt „100 Jahre Ostbelgien“ genannt und schließt eine würdige Darstellung der gemeinsamen Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der beiden Gemeinden Malmedy und Weismes aus?*
- 2. Warum wird erst jetzt ein gemeinsames Erinnern der gemeinsamen Vergangenheit geplant?*

3. *Welche konkreten Möglichkeiten visiert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für ein gemeinsames Erinnern an?*
4. *Wie bewertet die Regierung den Vorstoß des Bürgermeisters von Malmedy, alsbald mit der Gemeinde Weismes und den neun deutschsprachigen Gemeinden ein Treffen über eine vertiefte Zusammenarbeit zu organisieren?*
5. *Welche Kooperationen gibt es gegenwärtig zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den frankophonen Randgemeinden der DG?*
6. *In welchen Themenfelder wird eine Vertiefung der Kooperation mit den frankophonen Randgemeinden der DG angestrebt?*
7. *Sind zum Festakt „100 Jahre Ostbelgien“ alle frankophonen Randgemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die laut der Satzung für die Marke „Ostbelgien“ (geschützt seit 15.10.2013) mit in den Begriff einbezogen werden, eingeladen worden? Falls nicht, warum nicht?*